

Fritz Hasselhorn, *Wie wählte Göttingen? Wahlverhalten und die soziale Basis der Parteien in Göttingen 1924–1933* (= Studien zur Geschichte der Stadt Göttingen, Bd. 14), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1983, 71 S. Broschüre + 26 Schautafeln + 1 Stadtkarte, in Schuber, 49 DM.

In seiner fundierten empirischen Untersuchung versucht Hasselhorn der Frage nachzugehen, welche Zusammenhänge in Göttingen zwischen Wahlverhalten und Sozialstruktur für die Weimarer Parteien zu beobachten sind. Diese auf der Lokalebene angesiedelte wahlanalytische Studie untersucht deshalb die Ergebnisse von acht Wahlen (davon sechs Reichstagswahlen von 1924 bis 1933) in 19 Stimmbezirken der Universitätsstadt Göttingen. Da die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in diesen Stimmbezirken nicht vorliegt, ist Hasselhorn auf das Einwohnerbuch der Stadt angewiesen. Stichprobenweise schichtet er jede zweite der über 11 000 dort aufgeführten Berufsbezeichnungen der Wohnungsinhaber nach dem Klassifikationsschema des Statistischen Reichsamtes analog zur Volks- und Berufszählung 1925. Auf diese Weise gelingt es ihm, wenn auch mit Einschränkungen, die soziale Zusammensetzung der vorliegenden Stimmbezirke annähernd zu rekonstruieren. Gleichwohl erhält er nicht die soziale Gliederung der Bevölkerung, sondern nur die der Wohnungsinhaber. Eine zweite Verzerrung muß er ebenso wie die Vorläuferstudie von Lieselotte Krull¹ in Kauf nehmen: Oftmals geben die Berufsbezeichnungen nicht die tatsächliche soziale und berufliche Stellung der Wohnungsinhaber wieder, sondern die subjektive Selbsteinschätzung der beruflichen Position. Streng genommen fehlen einige objektive Zusatzinformationen, um die tatsächliche (und nicht die mehr oder weniger eingebil-dete) soziale Stellung der Wohnungsinhaber zu verorten. Mit diesem Manko müssen jedoch historische Wahlforscher zwangsläufig leben, wenn sie sich auf eine Untersuchungsebene begeben, die unterhalb der Gemeinde- und Stadtkreisebene angesiedelt ist. Diese beiden Einschränkungen schmälern aber keineswegs die methodische Basis der vorliegenden Untersuchung. Der Kern der Wahlanalyse stützt sich auf eine umfangreiche Korrelationsanalyse der Wahlergebnisse mit der sozialstrukturellen Gliederung der 19 Stimmbezirke. Sinnvollerweise hat Hasselhorn die Parteistimmen auf die Anzahl der Wahlberechtigten prozentuiert und nicht, wie allgemein gängig, auf die gültigen abgegebenen Stimmen. Dadurch kann er die »Partei der Nichtwähler« erfassen und untersuchen. Die sozialstrukturelle Gliederung wird durch die prozentualen Anteile von elf sozialen Schichten repräsentiert. Die Fülle der Korrelationskoeffizienten, die Hasselhorn in acht Tabellen präsentiert, werden durch einen eigens gebildeten »Volksparteienindex« anschaulich und komprimiert zusammengefaßt. Mit diesem Index – oder statistisch ausgedrückt: der Standardabweichung aller Korrelationskoeffizienten der elf sozialen Schichten mit den Wahldaten der wichtigsten Parteien – soll lediglich zum Ausdruck gebracht werden, ob eine bestimmte Partei relativ gleichmäßig in allen sozialen Wählerschichten mobilisierend wirkte oder ob sie ihre Wähler überwiegend aus einer oder nur wenigen sozialen Gruppen rekrutierte. Im letztgenannten Falle trifft dies nach den Ergebnissen der Korrelationsstudie auf die meisten der wichtigen Weimarer Parteien zu. Die KPD besaß auch in Göttingen das klassische Profil einer Arbeiterpartei mit dem Kern ungelernter und angelernter Arbeiter, wenn auch insgesamt im Vergleich zum Reich in deutlich reduziertem Maße. Die SPD rekrutierte ihre Wählerschaft überwiegend aus der Gruppe der Arbeiter (insbesondere Facharbeiter) und Angestellten; die Deutsche Demokratische Partei (DDP) stützte sich in Göttingen auf den öffentlichen Dienst und die freien Berufe, und die Deutsche Volkspartei (DVP) bezog ihre Wählerschaft vornehmlich in Stimmbezirken mit hohen Anteilen der Oberschichtangehörigen. Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) schließlich stützte sich weitgehend auf die Oberschichten, die mittleren Beam-

1 Lieselotte Krull, *Wahlen und Wahlverhalten in Goslar während der Weimarer Republik*, Goslar 1982.

ten und die diffuse Gruppe der »Witwen und Fräulein«. Die beiden Parteien, die nach den empirischen Ergebnissen von Hasselhorn am ehesten eine ausgeglichene sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wählerschaft auswiesen, waren die katholische Zentrumspartei, die in der protestantischen Kleinstadt Göttingen aber nur eine marginale Bedeutung besaß, und die NSDAP: »Gegenüber allen anderen Parteien mit Ausnahme des Zentrums besaß die NSDAP einen klaren Vorsprung in der Fähigkeit, Wähler aus verschiedenen sozialen Schichten zu gewinnen und an sich zu binden« (S. 53). Hasselhorn lehnt damit Auffassungen ab, die in der NSDAP eine Partei der »radikalisierten Mitte« erblickten, denn als solche hätte sie auch nie die Wahlerfolge errungen, die ihr den Weg zur Macht ebneten (vgl. S. 55). Er steht damit in Übereinstimmung mit den neueren Ergebnissen der historischen Wahlforschung und der Wählerbewegungen in der Weimarer Republik (Falter, Hänisch u. a.), die ebenfalls eine relativ ausgeglichene soziale *Wählerzusammensetzung* der NSDAP, wenn auch mit ausgeprägtem »Mittelstandsbauch«, auf der Kreis- und Gemeindeebene des Deutschen Reiches ermittelten. Diese Übereinstimmung in den Schlußfolgerungen über die soziale Wählerbasis der NSDAP soll jedoch die grundsätzliche Begrenztheit von Lokalstudien, so sinnvoll und notwendig sie auch sind, nicht zudecken. Erst im Lichte der neueren Forschung und auf Basis reichsweiter Daten *aller* Kreise und Gemeinden ist es möglich, die Göttinger Ergebnisse in einen allgemeinen Kontext einzuordnen.

Eine kritische Anmerkung ist vom Rezensenten hinsichtlich der nicht eingelösten Untersuchungsabsicht von Hasselhorn zum Bereich Wählerwanderungen, insbesondere zur NSDAP, anzubringen. Zwar erlaubt die Stabilität oder Labilität von statistischen Zusammenhangsmaßen über einen Zeitraum (wie hier des Korrelationskoeffizienten) gewisse Rückschlüsse auf Veränderungen in der Wählerschaft, jedoch wäre es sinnvoller gewesen, zusätzlich die prozentualen Gewinne und Verluste der Parteien (»Change-Variablen«) mit den Sozialstrukturanteilen wie auch wahlpaarweise untereinander zu korrelieren. Vom Aufwand her minimal, wäre der empirische Erkenntnisgewinn recht fruchtbar ausgefallen. Leider hat Hasselhorn diese Möglichkeit nicht wahrgenommen.

Etwas irritierend fällt die optische äußere Gestaltung des Buches aus: Hinter gut vier Zentimetern Buchrücken vermutet der interessierte Leser ein voluminöses Werk und findet statt dessen 26 bunte Schautafeln, einen Stadtplan und ein schmales Heftchen von 71 Seiten vor. Die farbigen Schautafeln, zuvor Teil einer Ausstellung des Göttinger Stadtarchivs, dürften dabei nur für diejenigen Leser von Interesse sein, die mit der Göttinger Stadt- und Lokalgeschichte vertraut sind; darüber hinaus hätte m. E. die optische Gestaltung der Stadtkarten besser ausfallen können. Doch diese letzten Einwände berühren nicht die Substanz der Studie; denn wie die Lektüre schnell zeigt, ist Hasselhorn eine fundierte Arbeit gelungen, die in kenntnisreicher Weise statistische Methoden, gepaart mit Kenntnissen der Lokalgeschichte, auf eine Fragestellung hin anwendet, von der man sich nur wünschen kann, daß sie baldmöglichst auch auf andere Städte oder Regionen bezogen wird.

Dirk Hänisch, Berlin